

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Fizial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hah,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 R. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 2ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Reg. Sachsen  
u. Herzg. Sachl.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 87.

Sonntag, 1. August.

1875.

## Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat August zu 55 Pfennigen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei Frau Engel, Reudnitz Feldstr. 14, Hof 1 Tr., für Gönnewitz u. bei Teubert, Bornaischestr. 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Schloßgasse 13 daselbst, für Thonberg u. Neureudnitz bei Zeitungspediteur Bchau, Neureudnitz 15, 1 Tr., für Plagwitz und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei D. Penkert, Hauptstraße 19, für Stötteritz bei Fr. Vogenitz, Hauptstr. 38, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert bei Trautmann, Manteuffelstraße 25, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpostfilialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

## Politische Uebersicht.

— Zur Arbeitsenquete in Berlin bringt der „Neue Sozialdemokrat“ folgende Mittheilungen:

„Bei der Arbeitsenquete hat man bei den Berechnungen in Berlin auf das Sorgfältigste vermieden, irgend einen Sozialdemokraten zu befragen. So war denn komischerweise der erste Sozialist, der zur Beantwortung der Fragen dort kam, ein „Fabrikant“, hinter dessen Stand man wohl nicht den „Rothem“ vermuthete. Freilich war es kein Großfabrikant, sondern ein kleiner Fabrikant von Tuchstoffen, der die Ausbeutung durch das Capital genügend erfahren hat. Später sind noch zwei oder drei sozialistische Arbeiter vernommen worden, weil sie zufällig Krankenkassenvorstände waren.“

Aus der gepefferten Fragebeantwortung unseres Fabrikanten wollen wir Einiges mittheilen. Ueber Fortbildungsschulen für Lehrlinge gab derselbe zu Protokoll: „Eine Fortbildungsschule für Lehrlinge und jüngere Arbeiter muß jeder vernünftige Mensch gutheißen. Doch hat eine solche Schule nur dann Nutzen, wenn sie obligatorisch ist und die Arbeitszeit gesetzlich auf einen Normalarbeitstag beschränkt wird, da sonst die Lehrlinge und jungen Leute vor Uebermüdung nichts profitieren. Ebenso muß der Unterricht auf gewerbliche und im praktischen Leben brauchbare Ausbildung abzielen und ist vor allen Dingen jede Einmischung der Geistlichkeit fernzuhalten, da dieselbe auf den Bildungstrieb der jungen Leute nur abstoßend wirken würde.“

Ueber Kontraktbruch und Kontraktbruchgesetze entnahmen wir Folgendes der Fragebeantwortung:

„Eine Kündigungsfrist ist in meinem Geschäftszweige durchaus nicht angebracht, weil beide Theile schlecht dabei wären, wenn sie nach einer Mißbilligung gezwungen wären, längere Zeit zusammen zu arbeiten. Uebrigens kommt es bei uns selten vor, daß ein Arbeitgeber einen Arbeiter plötzlich entläßt, und ebenso lassen die Arbeiter den Arbeitgeber nicht böswillig im Stich. Es kommt dies daher, daß die meisten Arbeitgeber nur wenige Arbeiter beschäftigen, und daß beide Theile die Ausbeutung seitens des Großkapitals aus Erfahrung genügend kennen. Auch die Arbeitgeber sind infolge des Wachstums, des Börsenschwindels und der hieraus entstehenden Handelskrisis nicht viel besser daran wie ihre Arbeiter, und haben mit vielen das gemeinschaftliche Interesse, dahin zu streben, daß der Schwindel aufhört und Arbeit und Redlichkeit zu ihrem Rechte kommen. Deshalb bedauere ich auch sehr, daß diese Fragestellung sich nur auf das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitern bezieht, aber die Grundursache des Uebels, nämlich, wie die Ausbeutung des Volkes durch das große Capital beseitigt werden kann, gar nicht erwähnt ist. Zwangsbestimmungen werden nie zum Guten führen. Alle solche Vorkehrungen nützen nicht gegen Böswillige und belästigen nur die rechtschaffenen Leute. Außerdem ist gar nichts dabei gewonnen, wenn durch Kontraktbruchgesetze schließlich Jemand zum Zwangswaisen Arbeiten genöthigt wird. Will ein solcher böswillig sein, so stiftet er mehr Schaden als Nutzen, und ist er aus Böswilligkeit bei schlechter Arbeit festgehalten, so geschieht ihm Unrecht. Von allen solchen Zwangsgesetzen zieht nur der Vortheil, der das Gesetz am geschicktesten zu umgehen versteht!“

„Fabrikordnungen giebt es bei uns nicht. Dieselben sind in anderen Geschäftszweigen, wo große Fabriken sind, üblich, und haben da die Arbeiter natürlich nichts mitzureden. Ein Großfabrikant wird sich hüten, etwas in die Fabrikordnung zu bringen, das ihn hindert, zu thun und zu lassen, was er will. So bestimmen die Fabrikordnungen sehr oft, was im bürgerlichen Leben selbst Staatsbehörden kaum Spitzbuben gegenüber erlaubt ist, zum Beispiel: die Arbeiter, selbst Franzosen, jederzeit zu visitiren, beliebige Nacharbeit und Ueberarbeit, sowie unbedingten Gehorsam verlangen zu dürfen. Das ist jedenfalls gegen alles Recht und alle Freiheit und müßte gesetzlich verboten werden. Hierzu kommt noch, daß viele Fabrikordnungen auf die kleinste Fehler und Versäumnisse viel zu hohe Geldstrafen setzen, so daß oft eine Viertelstunde Inoppatenz mit Abzug von einem Vierteltag Lohn bestraft wird. Solche hohe Strafen sind nur Geldschneiderei und

müßten gesetzlich auf den wirklichen Schadenersatz beschränkt werden, den ein Gewerbegericht zu bestimmen hätte. Dieselbe Beschränkung müßte aber auch eingeführt werden in Bezug auf die Abzüge, welche Kaufleute auf die ihnen gelieferten Waaren willkürlich machen. So kommt es in meinem Geschäftszweige oft vor, daß die Kaufleute, welchen die Lieferung gemacht wird, Abzüge wegen so kleiner Fehler machen, daß ein reeller Arbeitgeber lieber den Schaden aus eigener Tasche bezahlt, als daß er ihn seinen Arbeitern vom Lohn abzüge.“

Bemerkenswerth ist es noch, daß die Enquete-Commission nach Einreichung der Fragebogen bemerkte, jetzt habe sie doch wenigstens einen Sozialdemokraten gehört.

Soweit der „Neue Sozialdemokrat“. — In derselben Angelegenheit schreibt uns ein Parteigenosse aus Köln:

„Es hat hier im Saale des Gewerbegerichts ebenfalls ein Bericht über die bekannten Fragen stattgefunden, wobei man folgendermaßen verfahren ist. Am 14. Juni waren etwa 6 Gesellen und 12—14 Meister vorgeladen, um sich über die gestellten Fragen zu äußern. Man hatte den Gesellen bloß eine Einladung geschickt, hingegen den Meistern die Fragen vorher zugesandt, damit sich dieselben darauf vorbereiten konnten. Als die Sitzung durch den Präsidenten eröffnet wurde, hielt derselbe vorerst eine Vorlesung über die jetzigen Gesellen- und Lehrlings-Verhältnisse, wobei er betonte, es sei nothwendig, daß etwas geschaffen werde zum Schutze der Meister, damit die Gesellen und Lehrlinge nicht unwillig aus der Arbeit laufen könnten. (Natürlich allgemeine Zustimmung der Meister!) Der Zufall hatte es gewollt, daß unter den anwesenden Gesellen ein Parteigenosse war, den man sicherlich nicht als solchen gefannt hätte. Derselbe erbat sich das Wort und meinte: „Wenn man mit dem Gedanken umgehe, ein Ausnahmengesetz zu machen, so solle man doch wenigstens mit gleichem Maße auch die Herren Meister messen, denn in den häufigsten Fällen, wo Kontrakte gebrochen würden, seien es gerade die Meister, welche daran Schuld wären, indem oft Mißbräuche beim Affordiren vorkämen, wie man sie kaum schlimmer denken könne.“ Er citirte nun ein Geschäft, in welchem er selbst beinahe sieben Jahre gearbeitet hatte. (Es ist dies die größte Möbelfabrik hier selbst, wo fast nur Lazzararbeiten verfertigt werden; das Geschäft wird im Volksmunde als ein sehr humanes bezeichnet, und die Gesellen sehen auch mit einem besonderen Stolz auf andere Leidensgenossen herab), und legte dar, wie es dort bei dem Affordmachen zugehe. Wenn ein fremder Geselle anginge, so würde ihm die Zeichnung zur Durchsicht vorgelegt und später würde er ins Comptoir gerufen, um Afford zu machen. Wenn man nun merkte, daß der Geselle die hiesigen Preise nicht kenne, und sich derselbe auch nicht bei den andern Kollegen danach erkundigt habe, so würden demselben oft Preise geboten, die viel niedriger wären, als die früher für dieselbe Arbeit gezahlten. Derjenige Geselle ferner, welcher nicht schlüchtern ist, konnte in manchen Fällen den gebotenen Preis um 5, ja sogar um 25 Thlr. erhöhen, aber wie sollte Derjenige zurecht kommen, der nicht so auftreten könne? So ist es denn häufig vorgekommen, daß Gesellen am Schlusse des Affords gar kein Geld für die letzte Woche bekamen, auch wohl dann und wann nur 2 bis 3 Thlr. Auch wurde vielleicht, wenn die Arbeit überaus schön war, ein Gnadengeschenk im Betrage von ein paar Thalern gegeben, wofür der Geselle dann aber auch sicher noch besonders zu Dank verpflichtet war. In anderen Fällen hieß es: Sie haben nicht fleißig gearbeitet, sonst hätten Sie auch etwas herabbekommen. Wenn nun aber ein Familienvater das Glück hat, für ein paar Wochen keinen Lohn zu bekommen, sollte ihn dann nicht die Lust anwandeln, so bald wie möglich die Arbeit zu verlassen? Müßte in solchen Fällen nicht der Meister bestraft werden?“

Der „Unwille“ der anwesenden Meister und auch der des Präsidenten ließ unsern Parteigenossen nicht aussprechen, es wurde ihm vielmehr erklärt, er müsse warten, bis der betreffende Paragraph an die Reihe komme. Er hatte noch die Bemerkung eingeschoben, es müsse doch unbedingt bei allen Afforden der Meister gehalten sein, einen bestimmt festgesetzten Lohnsatz anzuzahlen. Daraus entzogenen die Meister: dann würden die Gesellen erst recht auf Meisters Kosten saulen. Der angezogene Paragraph jedoch kam nicht zur Besprechung und der Parteigenosse kam um seine Kritik. Es wurde noch über das Arbeitsbuch und über die Kündigung gefragt und schließlich zur Unterschrift des Protokolls aufgefordert, was aber von unserm Genossen verweigert wurde.

Es ist also Thatsache, daß man das Ausnahmengesetz formell so zu Stande bringen will, als hätten es die Arbeiter selbst mitberathen und beschlossen. So viel ist aber sicher, daß die durch dieses Gesetz beabsichtigte Knebelung der Sozialdemokratie nie und nimmer erreicht werden wird. Der Refrain, welcher auf das Lied von der „großen Reichsenquete“ passen würde, könnte somit etwa lauten: „Biel Geschrei und wenig Woll!“

— Die Berrücktheit — eine neue Folge der Reichsherrlichkeit. Die in jüngster Zeit bekändig zunehmende Furcht vor Attentaten und die damit zusammenhängende Sucht, möglichst viel Menschen hinter Schloß und Riegel anzubewahren, beginnen bereits sich zu eklatanten Ausbrüchen unweifelhaften Wahnsinns zu steigern. So hat vor einigen Tagen ein „größtenwahnsinniger“ Referendar Richter aus Glog in Bad Pader auf eigene Faust Verhaftungen vornehmen wollen, weil seine Herren einen Grafen Dombach im „Berdach“ einer Verschwörung gegen das Leben des Reichskronprinzen hatten. Ungefähr zur selben Zeit verübte in

Eisenach ein bearbeiteter Polizeiseergeant aus Weimar zur Gespensterstunde eine Verhaftung an einer völlig schuldlosen Frau, welche die Kunstschule in Weimar besucht. Der Mann erklärte im Auftrage Bismarck's zu handeln, — jetzt ist auch er bereits als verurtheilt an seine Behörde in Weimar abgeliefert worden. Wahrscheinlich wird sich die gegenwärtige Zeit noch den Ehrentitel: die Hundstrolache des deutschen Gemeinlebens erobern. Freut Euch nur, Ihr Reichsfreunde!

— Die Schutzlosigkeit der Soldaten gegenüber der Willkür ihrer Vorgesetzten vom General abwärts bis zum Unteroffizier wird durch folgendes Faktum trefflich dargelegt:

„Vor dem Militärbezirksgericht in München erschien unter der Anklage der Mißhandlung eines Untergebenen der Bataillons-Tambour Weder. Derselbe ist beschuldigt, bei Gelegenheit der Einübung eines Tambours demselben einen heftigen Schlag mit einem Stode gegen den Hinterkopf versetzt zu haben. Obwohl der Angeklagte der That geständig war, wurde er freigesprochen. Angesichts solcher freisprechenden Urtheile (wir erinnern an den Plattner'schen Fall) ist es wahrlich nicht zu verwundern, wenn die Selbstmorde unter den Soldaten fortwährend zunehmen. Der in Nürnberg erscheinende, als Organ der dortigen Fortschrittspartei zu betrachtende „Frankische Kurier“ begleitet die von ihm gebrachte amtliche Statistik über die Todesfälle der deutschen Armee mit folgenden Worten: „Es dürfte doch endlich an der Zeit sein, daß eine eingehende Untersuchung angeordnet wird, damit wir erfahren, aus welchen Gründen so viele Sterbefälle in Folge von Lungenschwindsucht und Lungenentzündung, und namentlich, warum so viele Selbstmorde in der Armee vorkommen. Es müssen Gründe und zu beseitigende Gründe vorhanden sein, welche unter den kräftigsten jungen Leuten des Landes solche Verheerungen anrichten. Scheut man eine Untersuchung oder sind diese monatlichen Opfer die nothwendigen Folgen unserer Militärdisziplin und des bewaffneten Friedens?“

Die Liberalen könnten schon lange gemerkt haben, daß dieses und unendlich viel andere „Opfer die nothwendigen Folgen“ nicht allein unserer „Militärdisziplin und des bewaffneten Friedens“, sondern des ganzen durch den Liberalismus möglich gewordenen Systems des gefühl- und schonungslosen Militarismus sind. Wie die Saat, so die Ernte!

— Der Bränner Strike dauert fort; nur in einigen Fabriken soll, nach Zeitungsnachrichten, deren Zuverlässigkeit aber keineswegs zu verbürgen ist, die Arbeit aufgenommen worden sein. Ein großer Theil der Streikenden verläßt Brünn, um anderwärts Arbeit zu suchen, woraus zu ersehen ist, daß die Arbeiter, nach nun beinahe sechswochentlichem Ausstände, ans Nachgeben nicht denken. Diese Beharrlichkeit im Widerstande gegen die Fabrikanten ist um so lobenswerther, als die Arbeiter die größten Entbehrungen erdulden müssen, da Unterstützungen nur spärlich einlaufen.

— Arbeitseinstellungen und Arbeitsausperrungen sind in England an der Tagesordnung. Gegenwärtig weiß die „Frankfurter Zeitung“ über einen Lohnstreik zu berichten, der kürzlich in den Baumwollenspinnereien von Oldham, Worsley und Ashley ausgebrochen ist, und man glaubt, daß er zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung und Arbeitsperrung in ganz Lancashire führen wird. In einer am Sonnabend in Manchester stattgefundenen Konferenz von Vertretern der Arbeiter von Lancashire, Yorkshire, Cheshire und Derbyshire wurde beschlossen, daß die Arbeiter in Oldham nicht in Fabriken arbeiten sollen, wo die neue Lohnliste angeschlagen ist, und daß in Worsley und Ashley die Arbeit nur da begonnen werden soll, wo die alten Löhne gezahlt werden. Der Arbeitsverband wird alle diejenigen unterstützen, die infolge dieses Beschlusses entweder striken oder von der Arbeit ausgeschlossen werden.

— Die sozialdemokratische Partei in Dänemark hat seit der Entlassung von Pio, Drix und Geleff aus dem Gefängnisse einen bedeutenden Aufschwung genommen. Ersterer hat soeben eine Reise durch Deutschland und die Schweiz beendet, die den Zweck der Unterrichtung über die Arbeiterbewegung beider Länder gehabt hat. In einer Versammlung in Berlin wurde Pio feierlich begrüßt. In Leipzig war des leidenden Zustandes wegen, in dem sich Pio noch immer befindet, die Abhaltung einer großen Versammlung während seiner Anwesenheit vermieden worden.

— Ein neues Arbeiterblatt erscheint seit ungefähr einem Monate in Dortmund, die „Westfälische Freie Presse.“ Dieselbe ist zwar direct von unserer Partei gegründet, vertritt aber die Arbeiterfrage in einer prinzipiell unanschätzbaren Weise und hat sich die Wahrung der Vergarbeiterinteressen in Westphalen gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung zur besonderen Aufgabe gemacht. Möge die „Westfälische Freie Presse“ auf dem eingeschlagenen Wege rüstig vorwärts schreiten!

— Ablösung! Dem „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ entnehmen wir folgende Ansprache:

„Parteigenossen! Gestern habe ich das Gefängniß nach einer Haft von 3 Monaten und 7 Tagen verlassen und mit dem Heutigen meine frühere Funktion wieder angetreten. Der staatliche Besserungsveruch hat in sofern günstig auf mich eingewirkt, als ich nun mit erneuter Kraft wieder in die Agitation eintreten und für die Sache des arbeitenden Volkes wirken kann. Gruß und Handschlag!  
Julius Baumann.“



